

N i e d e r s c h r i f t

**der 23. öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des
Hauptausschusses am 21.09.2016**

öffentlich

Ort: Stadthaus, Wappensaal,
Marktplatz 2,
06108 Halle (Saale)

Zeit: 16:00 Uhr bis 17:20 Uhr

Anwesenheit: siehe Teilnahmeverzeichnis

Anwesend waren:

Mitglieder

Dr. Bernd Wiegand

Dr. Annegret Bergner
Bernhard Bönisch

Andreas Scholtyssek
Dr. Hans-Dieter Wöllenweber
Anja Krimmling-Schoeffler

Dr. Bodo Meerheim
Elisabeth Nagel
Katharina Hintz

Johannes Krause
Melanie Ranft

Tom Wolter

Ausschussvorsitzender,
Oberbürgermeister
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale),
Teilnahme bis 17:48 Uhr
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale),
Vertreterin für Herrn Lange, Teilnahme bis 17:42 Uhr
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale),
Teilnahme ab 16:07 Uhr
SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ,
Vertreterin für Frau Dr. Brock, Teilnahme bis 17:48 Uhr
Fraktion MitBÜRGER für Halle-NEUES FORUM

Verwaltung

Sabine Ernst
Oliver Paulsen
Marco Schreyer
Tobias Teschner
Egbert Geier
Uwe Stäglin
Dr. Judith Marquardt
Martin Heinz
Maik Stehle

Büroleiterin Büro des Oberbürgermeisters
Referent für Grundsatzangelegenheiten
Leiter Fachbereich Recht
Leiter Fachbereich Sicherheit
Beigeordneter für Finanzen und Personal
Beigeordneter für Stadtentwicklung und Umwelt
Beigeordnete für Kultur und Sport
Leiter Fachbereich Immobilien
Protokollführer

Entschuldigt fehlten:

Hendrik Lange
Dr. Inés Brock

Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale)
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Einwohnerfragestunde

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand eröffnete die Einwohnerfragestunde.

Herr Woudenberg zum ISEK 2025

Herr Woudenberg bezog sich auf das Integrierte Stadtentwicklungskonzept, speziell zum Punkt 8 und der Streichung des Alten Rathauses. Er, als Vertreter des Alten Rathauses, erklärte, dass man keine Gelder von der Stadt Halle (Saale) erwartet. Dies sollte nicht der Grund sein, deswegen hier eine Streichung des Alten Rathauses vorzunehmen. Er sprach seine Enttäuschung hierüber aus. Zum Aspekt Denkmalschutz merkte er an, dass hier kein Widerspruch gesehen wird. Er fragte, warum der Wiederaufbau des Alten Rathauses gestrichen wird.

Herr Stäglin erklärte, dass das Integrierte Stadtentwicklungskonzept nach Beschlussfassung durch den Rat im Zuge der Offenlage den Bürgerinnen und Bürgern vorgelegt wird. Diese haben dann die Möglichkeit sich dazu zu äußern und Hinweise zu geben, welche im nächsten Schritt abgewogen werden. Die Änderung der Vorlage nimmt nicht die Verwaltung vor, sondern es ist eine Entscheidung des Rates auf Grundlage der Abstimmungen von Änderungsanträgen.

Herr Thomas zum ISEK 2025

Herr Thomas fragte, ob die Bürgerbeteiligungen zum ISEK seitens der Verwaltung unterstützt werden.

Herr Stäglin erklärte wiederholt, dass die abschließende Entscheidung beim Rat liegt.

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses wurde von **Herrn Oberbürgermeister Dr. Bernd Wiegand** eröffnet und geleitet.

Er stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte über die Absetzung folgender Tagesordnungspunkte aufgrund gleicher Voten in den Fachausschüssen:

- 5.2. Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733

- 5.2.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02291
- 5.2.2. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02294
- 5.2.3. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2016/01733)
Vorlage: VI/2016/02068
- 5.2.4. Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02296
- 5.2.5. Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung - Vorlagen-Nr.: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02131
- 5.4. Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale) – 1. Fortschreibung
Vorlage: VI/2016/01739
- 5.6. 1. Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Satzungsbeschluss
Vorlage: VI/2016/01847
- 6.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines Trinkbrunnens auf dem Markt
Vorlage: VI/2016/01950

Im Weiteren über die Vertagung folgender Tagesordnungspunkte:

- 5.5. Glauchaer Straße - Bebauungskonzept
Vorlage: VI/2016/01982
- 6.3. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt des ufernahen Grüns entlang der Saale
Vorlage: VI/2016/01957

und zuletzt über folgende Änderungen und Ergänzungen:

- 5.3.1. Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2016/01895
Vorlage: VI/2016/02292

➔ hier wurde der Beschlussvorschlag geändert

- 6.2. Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)

Vorlage: VI/2016/02196

➔ hier ist ein weiterer Antragsteller hinzugekommen

Herr Krause informierte über einen neuen Änderungsantrag zum Tagesordnungspunkt

- 5.1. Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02106

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung gab es nicht, so dass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung der so geänderten Tagesordnung bat.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

Somit wurde folgende Tagesordnung festgestellt:

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 24.08.2016
4. Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5. Beschlussvorlagen
- 5.1. Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02106
- 5.1.1. Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale)
- 5.2. *Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung*
Vorlage: VI/2016/01733 abgesetzt
- 5.2.1. *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung*
Vorlage: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02291 abgesetzt
- 5.2.2. *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung*
Vorlage: VI/2016/01733

- Vorlage: VI/2016/02294 abgesetzt
- 5.2.3. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2016/01733)*
 Vorlage: VI/2016/02068 abgesetzt
- 5.2.4. *Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung*
 Vorlage: VI/2016/02296 abgesetzt
- 5.2.5. *Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung - Vorlagen-Nr.: VI/2016/01733*
 Vorlage: VI/2016/02131 abgesetzt
- 5.3. *Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale)*
 Vorlage: VI/2016/01895
- 5.3.1. *Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2016/01895*
 Vorlage: VI/2016/02292
- 5.4. *Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale) - 1. Fortschreibung*
 Vorlage: VI/2016/01739 abgesetzt
- 5.5. *Glauchauer Straße - Bebauungskonzept*
 Vorlage: VI/2016/01982 vertagt
- 5.6. *1. Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) - Satzungsbeschluss*
 Vorlage: VI/2016/01847 abgesetzt
6. *Anträge von Fraktionen und Stadträten*
- 6.1. *Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines Trinkbrunnens auf dem Markt*
 Vorlage: VI/2016/01950 abgesetzt
- 6.2. *Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)*
 Vorlage: VI/2016/02196
- 6.3. *Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt des ufernahen Grüns entlang der Saale*
 Vorlage: VI/2016/01957 vertagt
- 6.4. *Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Umgang mit Investorenanfragen*
 Vorlage: VI/2016/02185
7. *schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten*

8. Mitteilungen
 - 8.1. Mitteilung zur Anregung von Herrn Bönisch zu Defibrillatoren
 - 8.2. Mitteilung zur Anregung von Herrn Bönisch zum Marktschloßchen
 - 8.3. Mitteilung zur Anregung von Herrn Scholtyssek zur Dieselstraße
 - 8.4. Mitteilung zur Anregung von Frau Krimmling-Schoeffler zur Initiative zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen
 - 8.5. Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion zur Installation einer App für Flüchtlinge
 - 8.6. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn (SPD) zur Querung des Radweges im Bereich der Einmündung Waldstraße/Nordstraße
 - 8.7. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn (SPD) zur Errichtung eines wetterfesten Gehweges entlang des Blumenauweges im Bereich zwischen Kolkturnring/Saalering und Gartenstraße
 - 8.8. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD) zur Erleichterung der Befahrbarkeit des Rannischen Platzes
 - 8.9. Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD) zur Verbesserung der Einsehbarkeit der Bahntrasse am Rannischen Platz
 - 8.10. Mitteilung zur Anregung von Herrn Senius zu Kosten der Jugendhilfe
 - 8.11. Mitteilung zur Anregung von Frau Ranft zu Fahrkarten der HAVAG/OBS
 - 8.12. Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Laden von Handys und Tablets im öffentlichen Nahverkehr
 - 8.13. Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu generationsübergreifende Bewegungsparks
9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
10. Anregungen

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 24.08.2016

Es gab keine Anmerkungen zur Niederschrift vom 24.08.2016.

Abstimmungsergebnis: einstimmig zugestimmt

zu 4 **Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass in der letzten nicht öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses keine Beschlüsse gefasst wurden.

zu 5 **Beschlussvorlagen**

zu 5.1 **Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale)** **Vorlage: VII/2016/02106**

zu 5.1.1 **Änderungsantrag der SPD-Fraktion zur Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale)**

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann komme ich zu Tagesordnungspunkt 5, den Beschlussvorlagen. 5.1 - die Zweckvereinbarung über die ständige Versorgung eines Teiles des Rettungsdienstbereiches Saalekreis durch den Rettungsdienst der Stadt Halle (Saale). Gibt es dazu Wortmeldungen? Herr Krause, bitte.

Herr Krause

Ich möchte einen Änderungsantrag stellen, der bezieht sich auf die Seite 4 in dieser Zweckvereinbarung, § 4 Abs. 2. Der Änderungsantrag lautet: Die Zweckvereinbarung kann im Fall einer vollständigen oder anteiligen Vergabe der Leistung an Dritte mit einer Frist von 18 Monaten vor Ende des Vergabezeitraumes schriftlich gekündigt werden. Im Falle einer vollständigen Eigenleistungserbringung durch die Stadt Halle kann die Zweckvereinbarung mit einer Frist von 18 Monaten, frühestens aber mit Wirkung nach einem Zeitraum von - und jetzt kommt die Änderung - statt 6, 3 Jahren gekündigt werden.

Warum? Wir haben einstimmig einen Beschluss gefasst zum Thema Rettungsdienst, wo wir reingeschrieben haben, den 6 Jahres Zeitraum der Vergabe mit der Option, die wir ziehen könnten, wenn wir das wollten, nach 3 Jahren, wenn z.B. die Prüfung einer, der Frage: Bilden wir selber eine Rechtsform kommunaler Rettungsbetrieb oder nicht. Aber wenn man sozusagen zu dem Schluss kämen, hätten wir die Möglichkeit diese Option zu ziehen. Das haben wir einstimmig beschlossen. Wenn wir hier aber 6 Jahre beschließen in dieser Zweckvereinbarung, widerspricht das unserer Beschlusslage. Und deswegen schlagen wir die Anpassung an unsere Beschlusslage vor, dass wir sagen, zunächst 3 Jahre und 6 Jahre. Pardon, 3 Jahre. 6 Jahre steht ursprünglich drinnen. So dass wir in dem Duktus unseres Beschlusses bleiben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann würde ich Herrn Teschner ganz gern das Wort geben. Das wird natürlich entscheidend drauf ankommen, ob der Saalekreis schon darüber befunden hat über die Zweckvereinbarung. Vielleicht kriegen wir da ein aktuelles Statement.

Herr Teschner

Ja, Dankeschön. Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, meine Damen und Herren. Es ist zum einen so, in der Tat, der Saalekreis hat schon darüber befunden und hat zugestimmt der Zweckvereinbarung, mit dem Wortlaut, wie er Ihnen jetzt vorliegt und ich glaube, es ist auch unschädlich dahingehend. Die Zweckvereinbarung sagt ja, die Stadt Halle übernimmt den Rettungsdienst auch für Teile des Saalekreises, also den nördlichen Saalekreis, egal in welcher Form Sie jetzt letztendlich sich selbst organisiert. Wir könnten den Rettungsdienst ja auch in den nächsten drei Jahren theoretisch nach der Zweckvereinbarung als Eigenbetrieb durchführen. Das ist dem Saalekreis dahingehend egal. Wichtig ist, wir sind zuständig für den Rettungsdienst im Saalekreis. Deswegen ist die Frist, die da drin steht, nicht ausschlaggebend für die weitere Organisationsform in der Stadt Halle.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Okay. Das wäre also unabhängig davon.

Herr Krause

Kann ich da noch mal fragen?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Na klar.

Herr Krause

Ist das mit Blick auf sozusagen die Bindung auf Träger in dem Zusammenhang dann auch bindend? Also unsere Befürchtung war, dass wir sozusagen mit der Regelung, wie sie jetzt drin steht in der Zweckvereinbarung, im Grunde unserer Beschlussfassung, wie wir sie haben, sozusagen nicht genüge tun und möglicherweise das zu einem Problem im Nachhinein werden kann. Das schließen Sie aus? Auch mit Blick auf die Träger, die dann sozusagen gebunden werden müssen für den Bereich?

Herr Teschner

Das schließe ich aus.

Herr Krause

Ist so. Okay. Dann stellen wir den einstweilen zurück und kommen gegebenenfalls noch einmal im Stadtrat damit.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Vielleicht noch mal zur Verdeutlichung. Hier geht es in der Zweckvereinbarung um die Zusammenarbeit um den nördlichen Saalekreis. Dem Saalekreis ist es momentan durch die Beauftragung gleich, ob wir das in der Form oder in der Form durchführen. Deshalb beeinflusst diese Vereinbarung dieses Ganze nicht. Und das ist eigentlich die Kurzfassung. Und deshalb ist es unschädlich.

Gibt es weitere Wortmeldung zu dem Punkt? Das ist nicht der Fall. Stelle ich 5.1 zur Abstimmung. Wenn Sie damit einverstanden sind, bitte ich um Ihr Handzeichen. Gegenstimmen? Keine. Enthaltungen? Ebenfalls keine. Dann ist das so bestätigt.

- Ende Wortprotokoll -

Beschlussvorschlag:

Fachbeitrag Mobilität und Verkehr – Einführungstext (S.120)

„Eine große Stärke von Halle (Saale) und zugleich eine besondere Herausforderung an die Stadt- und Verkehrsentwicklung ist die Struktur einer kompakten Stadt der kurzen Wege. Die vorhandenen Potenziale sind langfristig zu erhalten und nachhaltig weiter zu entwickeln. Zudem verfügt Halle (Saale) über eine verkehrsgeografische Lagegunst im regionalen und überregionalen Kontext. Die damit verbundenen verkehrsstrukturellen Standortvorteile in der Region Halle/Leipzig - insbesondere für die Verkehrsträger Schiene, Straße ~~und~~ Luft **und Wasser** - gilt es auch zukünftig für die Stadt- und Wirtschaftsentwicklung effektiv zu nutzen und auszubauen.“

~~„Im Einführungstext beim "Fachbeitrag Mobilität und Verkehr" werden im zweiten Abschnitt die Verkehrsträger aufgezählt, deren Standortvorteile effektiv genutzt und ausgebaut werden sollen. Es ist die Rede von "Schiene, Straße und Luft". Wir beantragen daher, um den Druck für den Ausbau der Saale und den Erhalt als Bundeswasserstraße hochzuhalten, hier das Wort "Wasser" zu ergänzen.~~

~~Sollte sich das "insbesondere" auf die unvollständige Aufzählung der Verkehrsträger beziehen, so könnte dieses Wort dann auch gestrichen werden. Andere nennenswerte Verkehrsträger wird es wohl nicht geben.~~

1. (S. 183) Ergänzung des Handlungsschwerpunktes "Stadtumbau" oder neuer Handlungsschwerpunkt:

Unterirdische Verlegung der Fernwärmetrasse zwischen Heide-Nord und Lettin

2. (S. 185) Handlungsschwerpunkt "Vernetzung/Wegebau"

~~Schaffung eines straßenbegleitenden Fuß- und Radweges zwischen Dölau und Lieskau~~

~~Schaffung eines Fuß- und Radweges in der Neuragozystraße~~

Die Schaffung eines Fuß- und Radweges in der Neuragozystraße soll im Zuge der avisierten Erschließung einer neuen Bebauung im Bereich des ehemaligen Mischwerkes erfolgen.

3. (S. 71) Willkommenskultur und Integration als Querschnittsaufgabe von Kommune und Stadtgesellschaft

Hinzunahme eines Absatzes zu den Erwartungen an die Migranten

„Grundlage einer gelungenen Integration ist auch die Bereitschaft, Fördermaßnahmen und Hilfsangebote anzunehmen sowie ein hohes Maß an Eigeninitiative bei der Eingliederung. Dazu gehören in erster Linie das Erlernen der deutschen Sprache, die Teilnahme an angebotenen Integrationskursen und der Wille, sich in den Arbeitsmarkt, das Bildungssystem und die Stadtgesellschaft nach Kräften einzubringen. Diese Forderungen müssen durch die Stadt Halle (Saale) deutlich gemacht und durchgesetzt werden. Abgeschlossene Parallelstrukturen sind in jedem Fall zu vermeiden.“

zu 5.2.2 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VII/2016/01733
Vorlage: VII/2016/02294

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Die hier aufgeführten Textpassagen werden entsprechend geändert:

1. ~~Die Punkte „Weitestgehende Barrierefreiheit im ÖPNV herstellen“ und „Sozial gerechter Zugang zu Mobilität“ werden in den vorletzten Absatz zum Thema Verkehr auf S. 29 verschoben.~~

2. Ergänzung des vorletzten Absatzes zum Thema Verkehr auf S. 29, um folgenden Punkt:

„Unterstützung von stauvermeidenden Maßnahmen“

3. Ersetzen des letzten Absatzes zum Thema Verkehr auf S. 29 durch:

„Weitere strategische Ziele werden aus den Verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale) abgeleitet.“

4. Änderung des Punktes „Begrenzung des motorisierten Individualverkehrs“ auf S. 32 wie folgt.

„Mit Mobilitätsalternativen wird versucht den motorisierten Individualverkehr zu reduzieren. Vorhandene Verkehrsanlagen werden bedarfsgerecht umgebaut. Dort wo eine Begrünung möglich ist, soll diese auch umgesetzt werden.“

5. ~~Einfügen des Satzes „Die zentralen Themen für den MIV werden in den Verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale) detailliert aufgeführt“ auf S. 122 beim Abschnitt MIV.~~

6. Streichung des letzten Satzes, im vierten Punkt des ersten Absatzes auf S. 123.

7. Ergänzung eines Punktes beim Absatz „Leitlinien Ruhender Verkehr“ auf S. 123 wie folgt:

„Bei der Organisation des Ruhenden Verkehrs werden wirtschafts- und kulturfördernde Aspekte mit berücksichtigt.“

8. Ergänzung eines Punktes beim Absatz „Rad- und Fußverkehr“ auf S. 123 wie folgt:

„Beim Neubau von Verkehrswegen werden geeignete Auf- und Abfahrmöglichkeiten für Radfahrer berücksichtigt.“

9. Ergänzung eines Punktes ~~beim Absatz „Räumlicher Schwerpunkt innere Stadt“ auf S. 128~~ **im Teil Klimaschutz auf S. 138** wie folgt:

„Förderung von Maßnahmen, die den Verkehrsfluss innerhalb der Stadt optimieren **und**

dazu beitragen, CO2 und Feinstaub zu reduzieren.“

~~10. Handlungsschwerpunkt „Gestaltung/Aufwertung der Stadteingangsbereiche“
S. 197/198~~

~~„Durch Verkehrsraumreduzierung bietet sich hier eine zusätzliche Möglichkeit der städtebaulichen Aufwertung und der Gestaltung eines attraktiven Stadteingangsbereiches.“~~

**zu 5.2.3 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung (VI/2016/01733)
Vorlage: VI/2016/02068**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Entwurf des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) wird um einen Fachbeitrag „Sicherheit und Ordnung“ ergänzt.

**zu 5.2.4 Änderungsantrag der SPD-Fraktion Stadt Halle (Saale) zur BV Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung
Vorlage: VI/2016/02296**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Im Fachbeitrag „Städtebau, Denkmalschutz und Baukultur“ wird an geeigneter Stelle folgender Passus eingefügt.

„Der Volkspark ist ein historisch und architektonisch bedeutsamer Ort der Kultur, Bildung und Begegnung für alle Bürgerinnen und Bürger der Stadt und wird in diesem Sinne weiterentwickelt. Die Stadt wird sich auch im Rahmen von Fördermittelbewerbungen für den baulichen Erhalt und die Verbesserung des Gebäudeensembles als eigenständige Einrichtung einsetzen.“

**zu 5.2.5 Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zum Integrierten Stadtentwicklungskonzept der Stadt Halle (Saale) (ISEK Halle 2025) - Beschluss zur öffentlichen Auslegung - Vorlagen-Nr.: VI/2016/01733
Vorlage: VI/2016/02131**

Abstimmungsergebnis: abgesetzt

Beschlussvorschlag:

1. Unter „Was sind die großen Herausforderungen und Ziele für die nächsten 10 Jahre?“ (S. 12) wird als zweiter Punkt eingefügt: „die Realisierung von wirtschaftlichen Ansiedlungen und die Standortsicherung vorhandener Unternehmen sowie die Schaffung neuer und die Sicherung vorhandener Arbeitsplätze“. Die Formulierung „wirtschaftliche Notwendigkeiten und zukünftige Entwicklungspotenziale“ im vierten Anstrich entfällt.
2. Die Aussagen im ISEK-Entwurf zu wirtschaftlichen Zielstellungen werden an das beschlossene Wirtschaftsförderungskonzept angepasst (VI/2015/01317). Auf S. 23 wird ergänzt: „soll als produktions-, wirtschafts- und wissenschaftsbasierter Technologie- sowie als Dienstleistungsstandort weiter gestärkt werden“ (entsprechend unter „Ziele“ auf S. 88). Auf S. 89 wird unter „Ziele“ ergänzt: „Schaffung von Arbeitsplätzen auch für geringe und mittlere Qualifikationen mit angemessenen Vergütungen über dem Mindestlohn“.
3. Unter „Inklusion/Menschen mit Behinderung“ wird auf S. 61 nach der Aufzählung eingefügt: „Die Stadt Halle (Saale) wirkt darauf hin, dass alle mit öffentlichen Geldern geförderten Gebäude und Anlagen soweit wie möglich barrierefrei gestaltet werden.“
4. Im „Fachbeitrag Kultur“ (S. 85) wird unter „Ziele“ aufgenommen: „bedarfsgerechte Sicherung und Entwicklung kultureller Angebote in allen Stadtteilen.“ Entsprechende Ergänzungen werden unter den Leitlinien und räumlichen Schwerpunkten vorgenommen.
5. Im Fachbeitrag „Wirtschaft, Beschäftigung und Wettbewerbsfähigkeit“ werden auf S. 89 die zu verbessernden weichen Standortfaktoren um den ÖPNV ergänzt.
6. Nach „Es sollen künftig verstärkt besondere Standorte und Wohnungsmarktsegmente entwickelt werden, unter anderem auch entlang der Saale (‘Stadt am Fluss‘), da Halle bei besonderen Angeboten und insbesondere hochwertigen Angeboten Nachholbedarf in der mitteldeutschen Städtekonkurrenz hat.“ (S. 98) wird eingefügt: „Die Aspekte Natur- und Hochwasserschutz werden dabei vorrangig beachtet. Bei der Ausweisung von weiteren Baugebieten werden durch schrittweise Reduzierung von Dichte und Höhe der Bebauung zum Naturraum hin sanfte Übergänge zwischen Siedlungs- und Naturraum realisiert.“
7. Auf S. 109 wird „Die Attraktivität der oberen Leipziger Straße vom Altstadtring zum Riebeckplatz soll als wichtiger Stadteingangsbereich im Einklang mit der Entwicklung am Riebeckplatz erhöht werden. Eine vielversprechende Option dabei ist die Stärkung als Dienstleistungs- und Wohnstandort...“ ergänzt durch „...sowie die Verzahnung mit Kunst und Kultur, Freizeit und Angeboten aus dem kreativen Bereich.“
8. Der Abschnitt „Bei der Umgestaltung des Marktplatzes wurden die Flächen des Alten Rathauses nicht überbaut. Langfristig ist hier ein Wiederaufbau des Gebäudes möglich. Die Gründung einer Stiftung Altes Rathaus als bürgerschaftliches Projekt wird unterstützt.“ (S. 112) wird gestrichen.
9. Die Formulierung „Die Aufwertung des öffentlichen Raumes ist besonders in den Städtebaufördergebieten eine wichtige Aufgabe. Unter anderem soll Kunst im öffentlichen Raum als identitätsstiftendes Element der Stadtgestaltung bewahrt werden, z. B. auch in Neustadt.“ (S. 114) wird ersetzt durch. „Die Aufwertung des

öffentlichen Raumes durch eine hochwertige Gestaltung ist eine Aufgabe im Bereich der gesamten städtischen Siedlungsstruktur. In besonderem Maße trifft dies auf die Städtebaufördergebiete zu. Unter anderem sollen Kunstwerke im öffentlichen Raum als identitätsstiftendes Element der Stadtgestaltung bewahrt und Neuinstallationen gefördert werden.“

10. Im Abschnitt "Leitlinien Rad- und Fußverkehr" wird unter „Handlungsbedarfe und entsprechende Maßnahmen..." (S. 124) als Anstrich ergänzt:

- ~~„ergänzend sollen auch im verdichteten Siedlungsbereich verstärkt Rad-/Gehweg separat von der Straße erschlossen werden (vgl. Hafenbahntrasse); hierfür werden von der Stadt Flächen vorhalten bzw. erworben;“~~
- **„ergänzend sollen im gering verdichteten Siedlungsbereich am Stadtrand, d. h. als Verbindung vom verdichteten Siedlungsbereich ins Umland der Stadt (bis zur Stadtgrenze) verstärkt Geh-/Radwege separat von der Straße erschlossen werden. Hierfür wird von der Stadt die Vorhaltung von Freihaltetrassen geprüft.“**

11. Im Fachbeitrag „Interkommunale Kooperation und Regionale Zusammenarbeit“ wird unter „Fachliche Leitlinien und Projektbeispiele“ (S. 156) ergänzt:

- „Optimierung der Pendlerströme, Ermöglichen von Arbeiten und Wohnen an unterschiedliche Städten bzw. Teilgebieten der Region (z.B. durch Stärkung des ÖPNV und MDV, Erhalt/Intensivierung der Überlandlinie 5, Einrichtung weiterer P+R-Plätze, Förderung von S-Bahn und regionalem Radverkehr)
- Netzwerkarbeit zur weiteren Entwicklung der Region als Logistikstandort
- Zusammenarbeit zur Verbesserung des Hochwasserschutzes
- Verstärkte Kooperation im Bereich Bildung, Soziales und Sicherheit sowie bei der Ver- und Entsorgung u.a. mit Wasser/Abwasser
- Entwicklung und Vermarktung der gemeinsamen Geschichts- und Kulturregion Mitteldeutschland
- Verstärkter Austausch bei Kulturveranstaltungen und Kunstprojekten“

12. Unter dem Handlungsschwerpunkt „Wohnen am Fluss“ (S. 177) wird ergänzt: „Der Bereich zwischen dem zukünftigen Hochwasserdamm und der Straße Gimritzer Damm (u.a. das Gebiet Sandanger) soll von Bebauung freigehalten werden.“

13. Nach „Auf den übrigen Flächen, insbesondere in den Bereichen der Aue, die als Schutzgebiet unter besonderem Schutz stehen, sollen nur das vorhandene Wegenetz aufgewertet bzw. dessen Benutzbarkeit verbessert werden,...“ wird auf S. 180 ergänzt „Die Wegeanlagen werden in Breite und Bauausführung so naturnah wie möglich gestaltet. Dies betrifft insbesondere wenig frequentierte Wege.“

14. Auf S. 263 wird nach „Für das 2003 in diesem Bereich als Stadtteiltreff erbaute und derzeit ungenutzte ‚Silva‘ wird weiterhin nach Perspektiven gesucht.“ ergänzt: „Eine zukünftige Nutzung **für soziale, künstlerische bzw. kulturelle Zwecke als Begegnungsstätte und als Präsentationsraum für Kunst und Kultur** wird angestrebt.“

15. Der Stadtteil Heide-Nord soll mittelfristig in das Programm „Soziale Stadt“ aufgenommen werden. Entsprechende Formulierungen werden unter „Übersicht über Fördermöglichkeiten und Förderkulissen“, „Teilraumkonzept Hallescher Norden“ bzw. „Stadtumbaukonzept Heide-Nord“ eingefügt.

zu 5.3 Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/01895

zu 5.3.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2016/01895
Vorlage: VI/2016/02292

Herr Scholtyssek brachte den Änderungsantrag der CDU/FDP-Stadtratsfraktion Halle (Saale) ein.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass bis auf den Punkt 2a allen Punkten nach Änderung zugestimmt wurde.

Es gab keine weiteren Anmerkungen zur dieser Änderung, so dass Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand um Abstimmung bat.

zu 5.3.1 Änderungsantrag der CDU/FDP-Fraktion zur Vorlage - Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale) Vorlage: VI/2016/01895
Vorlage: VI/2016/02292

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt nach Änderungen

6 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

1. Das verkehrspolitische Leitbild wird um eine kurze Präambel ergänzt.

Die verkehrspolitischen Leitlinien sind Teil der Mobilitätsstrategie der Stadt Halle (Saale). Sie bilden die Grundsätze der Verkehrspolitik für die nächsten Jahre und damit auch den politischen Rahmen für die Mobilitätsstrategie.

~~Die Verkehrsentwicklung bis zum Jahr 2030 steht unter dem Oberziel:~~

~~„Es sollen alle Maßnahmen unterstützt werden, die der Sicherstellung der Mobilität der Bevölkerung und der Erreichbarkeit des Oberzentrums Halle dienen.“~~

~~Die Verkehrsmittel des Umweltverbundes sollen gestärkt werden. Ihr Anteil soll unter dem Hauptbeitrag des ÖPNV wachsen.~~

~~Auf dieser Grundlage und unter Einbeziehung der Ziele des Integrierten Stadtentwicklungskonzeptes (ISEK) sowie des Energie- und Klimapolitischen Leitbildes der Stadt werden die nachfolgenden Leitlinien für die Mobilitätsentwicklung in Halle bis 2030 beschlossen.~~

Begründung:

- a. Das verkehrspolitische Leitbild in seiner jetzigen Form enthält nur die Leitlinien selbst und keinerlei erläuternde Aussagen. Die Antragsbegründung ist nicht teil des Beschlusses.
- b. Die Aussage, es sollen alle Baumaßnahmen gefördert werden, die dem Umweltverbund dienen, ist als strategisches Oberziel der Verkehrsentwicklung in Halle bis 2030 völlig unzureichend. Ziel muss es sein, die Mobilität der Bevölkerung unter sich ändernden Rahmenbedingungen (Alterung der Bevölkerung,

Energiewende etc.) zu sichern. Zudem muss die Stadt Halle als Oberzentrum eine gute Erreichbarkeit durch das Umland gewährleisten. Davon profitieren städtische Einrichtungen (Zoo, Maya Mare, Oper etc.).

2. Die verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt Halle werden wie folgt geändert:

a. Änderung in Nr. 2, Satz 2 in:

„Im Rahmen der Flächennutzungsplanung und der Bauleitplanung wird darauf geachtet, dass verkehrserzeugende Strukturen **weitgehend** vermieden werden.“

Begründung:

Ausgangsformulierung ist zu unflexibel und birgt die Gefahr, künftige (gewünschte) städtebauliche Entwicklungen zu hemmen.

b. Ergänzung von Nr.2 durch einen neuen Satz 4:

„Prämisse ist eine gute Erreichbarkeit des gesamten Stadtgebietes mit allen relevanten Verkehrsmitteln.“

Begründung:

Absatz trifft bislang nur Aussagen zum innerstädtischen Verkehr. Die Perspektive der Gesamtstadt sollte ergänzt werden.

~~c. Änderung von Nr. 3 in:~~

~~„Für eine weitere Saalequerung wird planungsrechtlich Vorsorge durch Trassenfreihaltungen getroffen. Mit den konkreten Planungen für eine weitere Saalequerung wird zeitnah begonnen.“~~

~~Begründung:~~

~~Die jetzige Formulierung geht das Thema nicht ambitioniert genug an. Bei einer Störung auf der Hauptachse Magistrale/Hochstraße ist gegenwärtig das Verkehrssystem der gesamten Stadt gestört. Es bilden sich mangels Alternativen lange Staus an allen Zufahrtsstraßen und somit bilden sich Rückstauerscheinungen. Durch fehlende weitere Saalequerungen genügt das Verkehrssystem nicht modernen Anforderungen.~~

~~d. Ergänzung von Nr. 4 Satz 1:~~

~~„Unter anderem für den Wirtschaftsverkehr wird das umwegarme, in das Fernstraßennetz eingebundene und leistungsfähige Hauptstraßennetz beibehalten...“~~

~~Begründung:~~

~~Die Zielstellungen von Nr. 4 beschränken sich sicher nicht nur auf den Wirtschaftsverkehr.~~

~~e. Streichung eines Halbsatzes in Nr. 6:~~

~~„Im vorhandenen Hauptstraßennetz wird der Verkehr stadt-, umwelt- und sozialverträglich abgewickelt und dieses für die Verkehrsmittel des Umweltverbundes ertüchtigt.“~~

~~Begründung:~~

~~Zum einen handelt es sich um eine unnötige Doppelung (der Umweltverbund ist durch den Grundsatz der umweltverträglichen Abwicklung des Verkehrs bereits enthalten). Zum anderen steht diese doppelt bestärkte Aussage im Widerspruch zu Nr. 4. Dort soll ein leistungsfähiges Hauptstraßennetz erhalten bleiben. Durch einseitige Präferenzierung des Umweltverbundes wird das nicht möglich sein.~~

f. Nr. 9 wird geändert in:

~~„Der Rad und Fußverkehr wird deutlich gefördert. Der Bau von Radverkehrsanlagen wird bei Neubau und grundhaftem Ausbau von Straßen nach Möglichkeit berücksichtigt. An Zielen im Nahbereich der Wohnungen wird das Angebot von barrierefreien, beleuchteten Gehwegen optimiert.“~~

~~Begründung:~~

~~Die gewählten Formulierungen sind in der Form zu strikt und beschneiden die Variantenauswahl durch den Stadtrat bei Bauvorhaben.~~

g. ~~Streichung des letzten Satzes in Nr. 11:~~

~~„Die Konkretisierungen sind in den Nahverkehrsplan aufzunehmen.“~~

~~Begründung:~~

~~Eine Vorfestlegung über Inhalte des Nahverkehrsplanes ist abzulehnen. Die Ergebnisse der Prüfung von alternativen Formen der ÖPNV-Finanzierung sind dem Stadtrat vorzulegen. Dieser wird dann über die weitere Verfahrensweise beschließen.~~

zu 5.3 Verkehrspolitische Leitlinien der Stadt Halle (Saale) **Vorlage: VII/2016/01895**

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt mit Änderungen

10 Ja-Stimmen

1 Nein-Stimme

1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

Der Stadtrat beschließt die Verkehrspolitischen Leitlinien der Stadt Halle (Saale).

zu 5.4 Konzeption für Werbung im öffentlichen Straßenraum der Stadt Halle (Saale) - 1. Fortschreibung **Vorlage: VII/2016/01739**

Abstimmungsergebnis:

abgesetzt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat beschließt die 1. Fortschreibung der Konzeption für Werbung im öffentlichen Raum der Stadt Halle (Saale) einschließlich der Gestaltungs- und Werbekonzeptionen der im Kapitel IV genannten Sonderbereiche.

zu 5.5 Glauchaer Straße - Bebauungskonzept **Vorlage: VII/2016/01982**

Abstimmungsergebnis:

vertagt

Der Stadtrat beschließt das Bebauungskonzept Glauchaer Straße als städtebauliche Planung im Sinne des § 1 Abs. 6 Nr. 11 Baugesetzbuch.

**zu 5.6 1. Änderung der Stellplatzsatzung der Stadt Halle (Saale) -
Satzungsbeschluss
Vorlage: VII/2016/01847**

Abstimmungsergebnis: **abgesetzt**

Der Stadtrat beschließt die 1. Änderung der Satzung der Stadt Halle (Saale) über die Herstellung notwendiger Stellplätze für Kraftfahrzeuge, Abstellplätze für Fahrräder und über die Erhebung von Ablösebeträgen (Stellplatzsatzung).

zu 6 **Anträge von Fraktionen und Stadträten**

zu 6.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE im Stadtrat Halle (Saale) zur Einrichtung eines Trinkbrunnens auf dem Markt
Vorlage: VI/2016/01950

Abstimmungsergebnis: **abgesetzt**

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, alle notwendigen Maßnahmen zur Installation eines Trinkbrunnens auf dem Markt in der Nähe der „Goldsole“ zu treffen oder darauf hinzuwirken, dass ein solcher Brunnen durch bürgerschaftliches bzw. unternehmerisches Engagement dort errichtet wird.
2. Der Gestaltungsentwurf und das Realisierungskonzept einschl. Kostendarstellung ist dem Stadtrat vor der Realisierung zum Beschluss vorzulegen.

**zu 6.2 Antrag der SPD-Fraktion sowie der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale)
Vorlage: VI/2016/02196**

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand begrüßt eine solche Broschüre und erinnerte an seine Zusage aus der letzten Sitzung des Stadtrates, gern gemeinsam mit den Fraktionen eine solche erstellen zu wollen. Er verwies aber auch auf die Stellungnahme der Verwaltung. Der Antrag stellt einen Eingriff in die Rechte des Oberbürgermeisters dar. Eine Beschlussfassung würde hier zum Widerspruch des Oberbürgermeisters führen und die Sache nicht vorantreiben.

Herr Krause legte den Ausschussmitgliedern drei Beispiele einer Broschüre aus anderen Städten vor. Auf den Vorschlag von Herrn Oberbürgermeister ging er vorerst nicht ein.

Frau Ranft merkte an, dass auf den Vorschlag des Oberbürgermeisters eingegangen werden sollte, um die Sache an sich nicht zu gefährden. Sie wies darauf hin, dass ein solches Angebot auch nicht zwingend in gedruckter Form erstellt werden muss.

Daraufhin stellte **Herr Krause** gemäß §10 der Geschäftsordnung des Stadtrates und seiner Ausschüsse den Antrag auf Vertagung.

Abstimmungsergebnis GO-Antrag: einstimmig zugestimmt

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Erstellung einer Broschüre zur Vorstellung der kommunalpolitischen Akteure und der Arbeitsweise des Stadtrates in der Stadt Halle (Saale) zu prüfen. Hauptinhalte dieser Broschüre sollen nach dem Vorbild der Veröffentlichung "Der Karlsruher Gemeinderat – 19. Wahlperiode 2014-2019" der Stadt Karlsruhe die Vorstellung der Mitglieder des Stadtrates, die Vorstellung des Oberbürgermeisters und der Beigeordneten mitsamt Zuständigkeiten und die Aufklärung über die Arbeit von Ausschüssen, Aufsichtsgremien und des Stadtrates sein.

2. Zur Abstimmung über die detaillierten Inhalte und die Gestaltung der Broschüre wird eine Arbeitsgruppe aus Vertretern von Verwaltung und Fraktionen eingesetzt.

3. Die Fertigstellung der Broschüre ist bis zum 30. Juni 2017 anzustreben.

zu 6.3 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Erhalt des ufernahen Grüns entlang der Saale
Vorlage: VI/2016/01957

Abstimmungsergebnis: vertagt

Beschlussvorschlag:

Der Stadtrat spricht sich gegen die vom Hochwasserschutzbeirat der Stadt Halle empfohlene „Intensivierung der Unterhaltung der Saalevorländer“ im Bereich zwischen Magistrale und Kröllwitzer Brücke und für den Erhalt des ufernahen Grüns an der Saale und den Saalearmen aus.

zu 6.4 Antrag der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Umgang mit Investorenanfragen
Vorlage: VI/2016/02185

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass die Verwaltung empfiehlt, dem Antrag zuzustimmen.

Herr Wolter bat um Zustimmung.

Herr Schreyer informierte, dass die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes nun vorliegt und heute an die Fraktionen zur Kenntnis geleitet wurde. Die Ziffer 1 des jetzigen Antrages begehrt die Aufhebung des alten Beschlusses. Sollte der Stadtrat dem Antrag zustimmen, würde der alte Beschluss des Stadtrates aufgehoben werden. Somit wäre die Beanstandungsverfügung des Landesverwaltungsamtes gegenstandslos.

Er merkte weiterhin an, dass eine Änderung der Hauptsatzung nötig wäre, wenn auch dem 2. Beschlusspunkt im Stadtrat zugestimmt wird.

Herr Scholtyssek fragte, wie viele Fälle es in der Vergangenheit gegeben hat, bei denen die Stadtverwaltung den Verwaltungsrat der BMA und den Aufsichtsrat der EVG entsprechend informieren musste.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erklärte, dass dieses noch nie vorgekommen ist.

Es gab keine weiteren Wortmeldungen, so dass **Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand** um Abstimmung bat.

Abstimmungsergebnis:

mehrheitlich zugestimmt

6 Ja-Stimmen

5 Nein-Stimmen

1 Enthaltung

Beschlussempfehlung:

1. Der Stadtrat beschließt die Aufhebung des Beschlusses der Vorlage VI/2016/01649 „Antrag der SPD-Fraktion und der Fraktion DIE LINKE zum Umgang mit Investorenanfragen“.
2. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, den Ausschuss für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften über Interessensbekundungen privater Akteure mit einer voraussichtlichen Investitionssumme von über 5 Mio. Euro unverzüglich für den Fall in Kenntnis zu setzen, dass die Stadtverwaltung beabsichtigt, keine weiteren Verhandlungen mit einem potentiellen Investor oben genannter Größenordnung aufzunehmen oder aufgenommene Verhandlungen zu beenden bzw. durch den jeweiligen Prozessbevollmächtigten einer städtischen Gesellschaft beenden zu lassen. Hierzu bedarf es einer ausdrücklichen Ermächtigung qua Beschluss durch den benannten Ausschuss.

zu 7 schriftliche Anfragen von Fraktionen und Stadträten

Es lagen keine schriftlichen Anfragen von Fraktionen und Stadträten vor.

zu 8 Mitteilungen

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand erinnerte noch einmal an die besprochene Verfahrensweise. Alle Anregungen, die im Stadtrat gegeben werden, werden durch die Verwaltung zur Kenntnis genommen. Eine anschließende Diskussion erfolgt dann im

Hauptausschuss. Anregungen aus den Ausschüssen werden in den jeweiligen Ausschüssen behandelt.

zu 8.1 Mitteilung zur Anregung von Herrn Bönisch zu Defibrillatoren

Herr Bönisch hatte angeregt, Mitarbeiter in Verwaltungsgebäuden hinsichtlich der Verwendung eines Defibrillators zu schulen.

Herr Paulsen informierte, dass dies bereits umgesetzt wird. Es gibt ca. 220 betriebliche Ersthelferinnen und Ersthelfer in der Stadtverwaltung. Im Rahmen der Ausbildung werden diese auch im Umgang mit Defibrillatoren geschult.

zu 8.2 Mitteilung zur Anregung von Herrn Bönisch zum Marktschlößchen

Herr Bönisch hatte angeregt, den Eingangsbereich des Marktschlößchens sauberer zu halten.

Herr Teschner erklärte, dass dieser Bereich aufgrund des Hinweises verstärkt mit kontrolliert wurde. Bei den Kontrollen konnte aber keine Verschmutzung durch Müllcontainer festgestellt werden. Eine öffentliche Reinigung erfolgt täglich.

zu 8.3 Mitteilung zur Anregung von Herrn Scholtyssek zur Dieselstraße

Herr Scholtyssek hatte angeregt zu prüfen, ob nicht eine der Linksabbiegespuren an der Kreuzung Dieselstraße in Richtung Merseburger Straße in eine Geradeausspur geändert werden könnte.

Herr Stäglin sagte, dass eine Umrüstung der Straßenbahnmarkierung in Verbindung mit der Ampelanlage nicht möglich ist. Die Lichtsignalanlage ist durch den Hersteller technisch abgekündigt. Es gibt keine Ersatzteile mehr. Im Zuge des Stadtbahnprogrammes soll dieser Bereich allerdings umgebaut werden. Eine Neuaufteilung der Spuren ist beabsichtigt.

zu 8.4 Mitteilung zur Anregung von Frau Krimmling-Schoeffler zur Initiative zur Förderung einer Personalstelle zur Koordination und Umsetzung entwicklungspolitischen Engagements in Kommunen

Frau Krimmling-Schoeffler hatte angeregt, dass sich die Stadtverwaltung bei der Ausschreibung Engagement Global vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung beteiligt.

Herr Paulsen informierte, dass man derzeit mit dem Personalbereich in der Abstimmung ist, ob und wo eine solche Stelle eingesetzt werden kann. Die Verwaltung arbeitet an der Antragsstellung, welche bis Anfang Oktober erfolgen müsste.

zu 8.5 Mitteilung zur Anregung der SPD-Fraktion zur Installation einer App für Flüchtlinge

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann 8.5, die Anregung der SPD-Fraktion zur Installation einer App für Flüchtlinge. Herr Paulsen bitte.

Herr Paulsen

Ja, meine Damen und Herren, an dieser Stelle sehen wir ehrlich gesagt keinen Bedarf. Wir sind der Meinung, dass das System, was wir in der Stadt haben, sprich wie kommen Informationen an die Menschen, die nach der Flucht zu uns kommen, dass das funktioniert. Vor dem Hintergrund, dass die Einrichtung, Programmierung und Pflege einer solchen App ein sehr großer Aufwand ist, sowohl finanzieller als auch von der Arbeitszeit her, sind wir der Meinung, dass wir gut aufgestellt sind und möchten zum jetzigen Zeitpunkt keine App dafür entwickeln. Wir sind dabei die Informationsbereiche auf der städtischen Homepage zu aktualisieren und umzustellen, dass dort noch leichter an die vorhandenen Informationen für Geflüchtete bzw. für die, die mit Geflüchteten zu tun haben, man rankommt. Aber eine App als solche würden wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht auf den Weg bringen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Also wir probieren die Themenbereiche in die städtische App zu integrieren. Das ist das Ziel.

Herr Krause

Wir gucken uns das an, wenn es soweit ist.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Okay.

Herr Krause

Wann wollen Sie damit fertig sein? Etwa?

Herr Paulsen

Ich kann es jetzt nicht ganz genau sagen. Inhaltlich sind wir schon beim Umbauen, konkret. Gehen dann vielleicht mit dem Neustart der städtischen Homepage noch mal ran. Also ich denke, in einem Monat haben wir erste Ergebnisse. Ich würde dann auf Sie zukommen einfach.

-Ende Wortprotokoll-

zu 8.6 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn (SPD) zur Querung des Radweges im Bereich der Einmündung Waldstraße/Nordstraße

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann 8.6, die Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn zur Querung des Radweges im Bereich der Einmündung Waldstraße/Nordstraße. Herr Teschner.

Herr Teschner

Wir haben die Anregung geprüft. Allerdings verläuft an der gemeinten Stelle kein Radweg sondern ein Fußweg mit dem Hinweis „Radfahrer frei“. Das heißt, es ist kein Radweg und damit ist auch die Beschilderung unzulässig. Der Radfahrer hat sich ja mehr oder minder zu verhalten, als sei er ein Fußgänger in dem Bereich. Und die Beschilderung kann so nicht umgesetzt werden. Man muss auch dazu sagen, dass wir an der genannten Kreuzung seit dem 01.01.2012 zwei Unfälle hatten. Aber keine Unfälle mit Radfahrer- oder Fußgängerbeteiligung dokumentiert sind. Wir werden allerdings an der Kreuzung Waldstraße eine Mittelinsel einrichten, damit im Prinzip die überwindende Strecke für Fußgänger- und Radfahrer nicht so weit ist, die Kreuzung also nicht in einem Zug auf der Strecke überquert werden muss.

Herr Krause

Könnte sein, dass Herr Koehn noch einmal auf Sie zukommt. Ich wollte mal fragen, bei denjenigen, die Anregungen gegeben haben aber nicht Mitglied des Ausschusses sind, wenn wir das hier behandeln, bekommen die noch mal eine schriftliche Antwort?

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Sie werden eingeladen immer zum Hauptausschuss. Sonst, wenn es im Protokoll steht, würden sie es sonst bekommen. Aber alle werden eingeladen, die eine Anregung haben, gemacht haben.

-Ende Wortprotokoll-

zu 8.7 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Gottfried Koehn (SPD) zur Errichtung eines wetterfesten Gehweges entlang des Blumenauweges im Bereich zwischen Kolkturng/Saalering und Gartenstraße

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

So, dann 8.7, die Anregung ebenfalls von Herrn Koehn zur Errichtung eines wetterfesten Gehweges entlang des Blumenauweges im Bereich Kolkturng/Saalering und Gartenstraße. Herr Stäglin.

Herr Stäglin

Kann ich relativ kurz machen. Haben wir geprüft. Ist ein sinnvoller Vorschlag. Wollen wir in 2017 befestigen.

-Ende Wortprotokoll-

zu 8.8 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD) zur Erleichterung der Befahrbarkeit des Rannischen Platzes

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann 8.8, die Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf zur Erleichterung der Befahrbarkeit des Rannischen Platzes. Herr Teschner.

Herr Teschner

Der Rannische Platz entspricht auch in dieser Hinsicht zu dieser Schleppspur, also allen gängigen Vorschriften. Der Innenring soll so abgegrenzt sein, wie er ist. Er soll leicht erhöht sein und er soll halt für große Fahrzeuge auch mit Hängern zur Erleichterung des Befahrens dienen. Der PKW, die kleineren Fahrzeuge, sollen durchaus außen fahren. Wir sehen dort keinen Änderungsbedarf, auch wenn mancher Autofahrer das vielleicht nicht gleich erkennt aber es ist außerhalb von Halle auch ganz üblich, dass diese Schleppspuren so angeordnet sind. Es ist dort neu aber ansonsten sind die überall so angeordnet und die werden auch so akzeptiert. Und sollen ja auch nicht so befahren werden, als sein es eine eigene Fahrspur. Es soll ja nicht überholt werden, sondern nur der, der die Kurve sonst nicht kriegt, soll die Schleppspur nutzen. Aus unserer Sicht ist das Ordnungsgemäß.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand Bitteschön.

Herr Krause

Mein Eindruck ist, es scheint generell ein Problem zu sein, an verschiedenen Stellen, wo Umbaumaßnahmen stattfinden, dass nicht genügend an verschiedenen Stellen darauf geachtet wird, wie ist sozusagen der optische Eindruck. Ich persönlich hatte es moniert, in der neuen Situation Bebel-Straße, das hatte ich Ihnen auch gesagt, dass ist für mich immer noch eine Hauptverkehrsstraße und nichts anderes. Und ich habe es heute auch gemerkt, die Leute rauschen dadurch, wenn du da nicht stehen bleibst, dann kann dir was passieren. Das ist aber eine Sache. Hier bei dem Rannischen Platz, erkennt der normale Autofahrer offensichtlich den gepflasterten Innenring nicht als befahrbar an. Selbst LKW Fahrer haben da Schwierigkeiten. Bei der Neuausgestaltung dieses Platzes ist es schon rein optisch alles sehr viel enger. Das ist so dort. Und dann sind die Gehwege über die Straße so dicht im Grunde ran, dass ist wahrscheinlich auch alles normiert und in Ordnung, will ich gar nicht kritisieren, dass aber auch Autofahrer noch auf dem Ring stehen bleiben müssen. Das sind verschiedene Dinge, die anders sind, die neu sind, eine ganz andere Situation für Autofahrer. Und deswegen kommt diese Frage. Wenn LKW Fahrer nicht selbstverständlich, wie es offensichtlich vorgesehen ist, diesen Innenring mit befahren, dann werden die langsamer und zum Verkehrshindernis. Das war sozusagen der Hintergrund offensichtlich dieser Anregung, die Herr Eigendorf hier gestellt hat. Also mit der Antwort zu sagen, ich kann es nachvollziehen, dass Sie es sozusagen aus verkehrsrechtlichen Gründen oder wie man das nennen will, so begründen aber ich wünschte mir manchmal ein Stückchen mehr Empathie bei denjenigen, die planen und das umsetzen. Das heißt also sich reinzuversetzen, nicht nur in den Verkehrsteilnehmer Fußgänger, in den Verkehrsteilnehmer Radfahrer, sondern auch in den Verkehrsteilnehmer Autofahrer. Und ich muss wirklich sagen, an verschiedenen Stellen ist mir das jetzt schon aufgefallen. Ich sage Ihnen noch ein drittes Beispiel. Krausenstraße mündet auf die Magdeburger Straße, ist das glaube ich, also diese neue Kreuzungssituation. Da haben Sie von der Planung her einen Linksabbieger eingerichtet. Ich bin da heute gerade wieder langgefahren. Einen Linksabbieger eingerichtet, der jetzt durchgestrichen ist. Da bildet sich ein endloser Stau in einer Art und Weise, das ist schon verkehrsbehindernd. Und die Leute versuchen dann in der ganz kurzen Grünphase, links abbiegen, dann dort drüber zu huschen. Das sind neue Verkehrssituationen, die für Autofahrer da entstehen, wo ich glaube, dass, wenn man so eine Umbausituation hat und da komme ich wieder auf den Rannischen Platz, muss man da auch eine gewisse Hilfestellung für Autofahrer geben. Deswegen bis ich jetzt mit der Antwort ehrlich gesagt nicht ganz so zufrieden. Sie merken auch so ein Stück die Hartnäckigkeit an der Stelle. Ich glaube, dass es schon wichtig ist, auch ein Stück mit den Augen des Autofahrers auf die neue Verkehrssituation zu gucken.

-Ende Wortprotokoll-

zu 8.9 Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf (SPD) zur Verbesserung der Einsehbarkeit der Bahntrasse am Rannischen Platz

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Dann gehen wir zu 8.9, die Mitteilung zur Anregung des Stadtrates Eric Eigendorf zur Verbesserung der Einsehbarkeit der Bahntrasse am Rannischen Platz.

Herr Teschner

Ja wir bleiben beim Rannischen Platz. Also ein fließender Übergang. Der Spiegel ist schon mehrfach thematisiert worden. Aus unserer Sicht wird die Wirksamkeit von Verkehrsspiegeln überschätzt. Verkehrsspiegel können an bestimmten Stellen, wenn wirklich ansonsten keine andere Möglichkeit besteht, eine gewisse Sicht ermöglichen. Aber alle die regelmäßig an solchen Verkehrsspiegeln arbeiten, also ihn auch nutzen, wissen, es ist ein gewölbter Spiegel, er verkleinert, er verzerrt das Bild. Die Geschwindigkeiten der Fahrzeuge können nicht eingeschätzt werden oder deutlich schwieriger eingeschätzt werden. Die Entfernung kann deutlich schwieriger eingeschätzt werden, so dass in vielen Fällen ein Verkehrsspiegel eher zu einer Gefährdung oder zur Verstärkung der Gefahrensituation führt als zu einer Verbesserung. Deswegen wird das sehr regressiv gehandhabt und nur an engen Kreuzungen, wo ich wirklich sonst nichts sehe, eingesetzt. Das zeigt auch immer die Beobachtung der Unfallrate. Am Rannischen Platz würde der Verkehrsspiegel zu einer Unübersichtlichkeit führen. Jeder, der diesem doch relativ großen Platz, man muss ja sehr wach dort lang fahren, es ist so, na klar, es sind viele Einmündungen. Wenn ich eine Runde drehe muss ich bei jeder Straße noch gucken, was passiert. Und auch natürlich bei der Straßenbahn. Aber der Verkehrsspiegel würde mich eher ablenken von der Verkehrssituation und würde es schlechter machen. Ich weiß, dass der Platz durchaus schon diskutiert wurde aber man muss einfach mal festhalten, dass, ich habe extra nachgefragt, weil das ist fast phänomenal. Wir hatten seit der Neueinführung des Platzes, also seit knapp einem Jahr, einen Verkehrsunfall. Der hing mit der Straßenbahn zusammen, das stimmt. Aber ein Verkehrsunfall ist für den Platz bei der Verkehrsbelegung extrem wenig. Jetzt kann man sagen, wer halt hat recht, so soll es jetzt nicht sein aber es zeigt zumindest, dass der Platz durchaus funktioniert und dort keine Gefährdung akut besteht. Manchmal ist auch so eine Situation, dass ich sage, ich muss aufpassen führt zur Aufmerksamkeit und manchmal sind es Kreuzungen, wo der Autofahrer denkt, da kann doch eh nichts passieren, dass sind dann die Unfallschwerpunkte oder Unfallhäufungsstellen, die uns das Leben eher schwer machen. Also aus unserer Sicht würde der Verkehrsspiegel zu einer Verschlechterung der Situation führen vor Ort.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Okay, dann ...

Herr Krause

Ich nehme es jetzt erstmal so zur Kenntnis, Herr Teschner. Ich kann mir vorstellen, dass Sie da jetzt auch nicht so sehr viel mehr anders drauf reagieren können. Nur ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, ich glaube auch nicht, dass sie das genau so meinen, aber diese Argumentation, es sind noch nicht so viele Unfälle passiert, haben wir an anderen Stellen auch, dass ist keine Argumentation. Wenn das die Messzahl ist für ein Funktionieren einer Kreuzung oder eines Überweges, im Nachhinein festzustellen, wie viele Unfälle sind

dort passiert, dann brauchen wir präventive Dinge nicht mehr machen. Also ich wäre da ein bisschen vorsichtig, das als Argument permanent in Anschlag zu bringen.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

In dem Zusammenhang muss man noch mal deutlich machen, dass, wenn eine verkehrsrechtliche Situation beurteilt wird, dass es einmal, das wissen Sie, da sind einmal die Planer dabei, dann ist der Verkehrsbereich mit dabei, also die, die die Anordnung geben, da ist die Polizei mit dabei, da ist der ADAC mit dabei. Also es ist ein ganz großer Rattenschwanz, der da hinten dran hängt, die ganz konkret besichtigen und prüfen. Und das sind die Ergebnisse der Prüfung und wie Sie schon gesagt haben, oftmals ist es natürlich auch ein subjektiver Eindruck und wie man das auch selber empfindet aber das Straßenverkehrsrecht hat mit den klaren Verwaltungsvorschriften, die wir haben, eine klare Messlatte gelegt und da sind alle verpflichtet sich an die Verwaltungsvorschriften zu halten, weil nämlich in diesem übertragenen Wirkungskreis wir natürlich sehr stark beäugt werden vom Landesverwaltungsamt, die im Grunde genommen jede Entscheidung, die auch medial diskutiert wird, auch überprüft und dann ihr Segen oder möglicherweise eine Korrektur anbietet. Oftmals ist es so, dass wir auch diese Entscheidung bereits mit dem Landesverwaltungsamt vorher abstimmen, um dann auch eine einheitliche Auslegung zu den Verwaltungsvorschriften zu bekommen. Ich möchte nur sagen, wir machen es uns nicht leicht damit. Und es ist auch bewusst gemacht worden, dass gesagt wurde, das gehört nicht in ein politisches Gremium, sondern das soll den Fachleuten überlassen werden. Bitte.

Herr Krause

Ich habe da ganz großen Respekt vor diesen Gremien, die sozusagen sowas betrachten, entscheiden müssen. Möchte die Verantwortung auch nicht tragen. Aber mit ein bisschen gesunden Menschenverstand, den ich allen unterstelle, möchte ich Ihnen sagen, stellen sie doch mal zwei Stunden jemanden an die Bibliothek in der August-Bebel-Straße und gucken sich nur mal ohne Vorurteile die Situation an. Sie kommen zu einem ganz anderen Schluss. Und das erleben die Bürgerinnen und Bürger tagtäglich. Die Autofahrer, die Fußgänger, die Radfahrer. Die Erleben das dort und die ziehen einen anderen Schluss und da ist sozusagen offensichtlich ein Spalt zwischen der Wahrnehmung, die sozusagen mit den rechtlichen Regelungen im Hintergrund da ist und diejenige, die die Bürger hat. Dem muss man zumindest in gewissem Maße auch Rechnung tragen. Was spricht dagegen, sich sozusagen, da jemand mal beobachten zu lassen für eine Situation und vielleicht auch mal diese Wahrnehmung sich zu geben. Das scheint aber nicht stattzufinden und das meine ich.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

Wir beiden würden jetzt in eine Diskussion reinkommen. Da ich ja auch ständig dort langfahre, nehme ich das auch so wahr. Es ist gar nicht anders möglich, im Grunde genommen, dort tatsächlich schneller als 30 zu fahren, weil dort rechts und links der Verkehr so eng ist, dass man dort eigentlich im Grunde genommen nur vorsichtig fährt. Und das was ich wahrnehme, wenn ich da jeden Morgen langkomme, ist, dass sehr sorgfältig rechts vor links gewahrt wird.

-Ende Wortprotokoll-

zu 8.10 Mitteilung zur Anregung von Herrn Senius zu Kosten der Jugendhilfe

Auf Antrag der SPD-Fraktion erfolgt zu diesem Tagesordnungspunkt ein Wortprotokoll.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand

So dann kommen wir zu HAVAG, zu den Fahrkarten der HAVAG. Und zwar ist es die Anregung von Frau Ranft. 8,11 sind wir und Herr Geier bitte. Ach Entschuldigung. Herr

Senius fehlt noch zu den Kosten der Jugendhilfe. Frau Brederlow ist nicht da. Herr Stäglin würde übernehmen, bitte.

Herr Stäglin

Jawohl. Wir gehen davon aus, dass sich Herr Senius auf die Regelung § 16h SGB II bezieht, eine Änderung im Rahmen des 9. SGB II Änderungsgesetzes, dass zum 01. August greift. Also relativ neu als Regelung ist, dass hier vorgesehen ist, eine Abstimmung zwischen der Agentur für Arbeit und dem örtlichen Jugendhilfeträger. Diese Abstimmung erfolgt derzeit zwischen dem Jobcenter und dem Fachbereich Bildung, um zu gucken, welche Möglichkeiten gesehen werden und wie die verfolgt werden können. Je nach Ergebnis kann es zu einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Fachbereich Bildung und dem Jobcenter kommen. Dazu würde dann aber zu gegebener Zeit, wenn die Gespräche weiter sind, berichtet werden.

-Ende Wortprotokoll-

zu 8.11 Mitteilung zur Anregung von Frau Ranft zu Fahrkarten der HAVAG/OBS

Frau Ranft hatte angeregt, dass Vertreter der HAVAG und OBS ins Gespräch kommen hinsichtlich der Fahrkartenlesetechnik, welche öfters nicht funktioniert.

Herr Geier informierte, dass die HAVAG auf Nachfrage bei OBS und MDV bestätigt hat, dass dieses Problem bekannt ist. Aufgrund eines Softwarefehlers gibt es Probleme in den verschiedenen Unternehmen beim Ablesen der Fahrkarten. Dieses Problem wird behoben. Anrufenden Fahrgästen wird empfohlen, die Abo-Karte noch einmal an den Servicestellen aktualisieren zu lassen.

zu 8.12 Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zum Laden von Handys und Tablets im öffentlichen Nahverkehr

Die Fraktion MitBÜRGER für Halle - NEUES FORUM regte an zu prüfen, inwieweit Fahrzeuge der HAVAG mit Stromanschlüssen zum Laden von elektrischen Geräten nachgerüstet werden können; ob dies beim Kauf neuer Fahrzeuge berücksichtigt werden kann; und ob und inwieweit Haltestellen mit Ladestationen nachgerüstet werden können oder künftige Haltestellen gänzlich modernisiert konzipiert werden könnten.

Herr Geier erläuterte, dass eine Aufrüstung technisch möglich aber sehr aufwendig wäre. Aufgrund der kurzen Reisezeiten und Verweildauer der Fahrgäste würde aus Sicht der HAVAG das Aufladen von Handys wenig genutzt werden. Die HAVAG weist daraufhin, dass vor der technischen Erneuerung Fahrkartenautomaten, Stadtbahnprogramm, Barrierefreiheit, und Informationsmonitore momentan prioritär zu behandeln sind.

Bei Neuanschaffungen von Fahrzeugen müsste abgewogen werden, ob dies wirtschaftlich vertretbar wäre. Ein Nachrüsten an Haltestellen wäre ebenso nicht effektiv aufgrund der kurzen Verweildauer. Eine effektive Nutzung zum Aufladen der Geräte ist schwer vorstellbar. Vor dem Hintergrund von Vandalismus sollte von der Idee Abstand genommen werden. Künftige Haltestelle gänzlich mit Solardächern zu modernisieren wäre nur in den Bereichen denkbar, wo kein Stromanschluss zur Verfügung steht. Ein Aufladen von E-Bikes wäre aus

Platzgründen an normalen Haltestellen nicht möglich. Die HAVAG würde im Rahmen eines Projektes zur Multimobilität prüfen, wo E-Bike-Ladestationen denkbar wären.

zu 8.13 Mitteilung zur Anregung der Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM zu generationsübergreifende Bewegungsparks

Die Fraktion MitBÜRGER für Halle – NEUES FORUM regte im Zuge des Prüfauftrags VI/2015/00965 und der Darlegungen im ISEK zum Thema Generationenspielplatz an, für die Umsetzung künftiger Projekte eine Kooperation mit der Burg Giebichenstein Kunsthochschule Halle anzustreben.

Herr Stäglin sagte, dass die Verwaltung mit Frau Prof. Karin Schmidt-Ruhland in Gesprächen ist, wie dieses Potential mit einbezogen werden kann.

zu 8.14 Herr Stäglin zum Stadtbahnprogramm Böllberger Weg

Herr Stäglin informierte, dass in den Oktober-Sitzungen der Gremien der Baubeschluss für den nördlichen Abschnitt Böllberger Weg - Stadtbahnprogramm - Abschnitt im Bereich Künstlerhaus erfolgen wird. Es wird eine reine verkehrstechnische Lösung vorgeschlagen. Aufgrund der mangelnden Varianten finden keine Bürgerversammlungen statt.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

zu 9.1 Frau Nagel zum Spielplatz im Paulusviertel

Frau Nagel fragte, ob der neu errichtete und umzäunte Spielplatz am Paulusviertel, wirklich ganztägig geöffnet ist oder ob dieser über Nacht abgeschlossen wird.

Frau Ernst erklärte, dass der Zugang zum Spielplatz ganztägig möglich ist.

zu 9.2 Frau Nagel zum Tag der Offenen Tür 2017

Frau Nagel fragte nach einem konkreten Termin für den Tag der Offenen Tür in 2017.

Frau Ernst informierte, dass der Tag der Offenen Tür am 08.01.2017, in der Zeit von 14:00 bis 18:00 Uhr durchgeführt werden soll. Im Mittelpunkt sollen Kinder und Jugendliche stehen. Eine entsprechende Konkretisierung würde im November erfolgen.

zu 9.3 Frau Nagel zum ISEK

Frau Nagel fragte, ob das Fachkonzept Ordnung und Sicherheit mit ins ISEK aufgenommen werden soll.

Herr Stäglin erklärte, dass dies Teil der Offenlage ist. Das Fachkonzept ist Bestandteil des ISEK.

zu 9.4 Herr Dr. Meerheim zum geänderten FAG

Herr Dr. Meerheim sagte, dass in der Sitzung des Finanzausschusses August über einen schriftlichen Bericht über die Auswirkungen des Beschlusses des Landtages zur Änderung des FAG auf den städtischen Haushalt 2016 gebeten wurde. Er fragte nach dem Stand.

Herr Geier antwortete, dass die Verwaltung derzeit in der Zusammenstellung dieses Berichtes ist. Es wird die aktuelle Entwicklung bis August, sowie eine Einschätzung bis zum Jahresende prognostiziert werden.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand sagte eine Information bis zur nächsten Sitzung des Finanzausschusses zu.

zu 9.5 Herr Bönisch zu Terminvergaben in der Ausländerbehörde

Herr Bönisch informierte, dass ein Bürger die Auskunft erhalten habe, dass es in diesem Jahr keine Termine mehr in der Ausländerbehörde zu bekommen gibt. Er fragte, ob dies der Tatsache entspricht.

Herr Geier sagte, dass die Terminvergabe entweder elektronisch erfolgt oder persönlich. Es werde geprüft, wie die Terminvergabe optimiert werden kann, so dass keine allzu langen Wartezeiten entstehen.

Herr Bönisch bat um Information bis zum nächsten Stadtrat, wie die aktuellen Wartezeiten sind.

zu 9.6 Herr Scholtyssek zum ISEK

Herr Scholtyssek fragte, ob die Verwaltung bis zur Sitzung des Stadtrates den Begriff der „Verkehrsraumreduzierung“ schriftlich darstellen könnte.

zu 9.7 Frau Ranft zum Park am Steintor

Frau Ranft bezog sich auf einen Presseartikel zum Thema Steintorpark. Die versiegelte Fläche soll wohl weniger geworden sein. Sie fragte, ob dies stimmt und ob es auf dem Platz noch Baumpflanzungen geben wird.

Herr Stäglin informierte, dass noch Baumpflanzungen erfolgen werden.

zu 9.8 Herr Wolter zur Prüfung einer verkehrstechnische Erschließung der neuen JVA

Herr Wolter fragte nach den Ergebnissen der Prüfung der verkehrstechnischen Erschließung der neuen JVA, die bis zum Mai vorgelegt werden sollte.

Herr Stäglin sagte eine Prüfung zu.

zu 9.9 Herr Wolter zum sozialen Wohnraumversorgung

Herr Wolter fragte, wann das Konzept der HWG zur sozialen Wohnraumversorgung vorgestellt wird.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand informierte, dass es aufgrund eines Wechsels in der Geschäftsführung noch keine weitere Sitzung mit der HWG gegeben hat. Er sagte zu, sich zu informieren.

zu 10 Anregungen

zu 10.1 Herr Dr. Meerheim zu Akteneinsichten

Herr Dr. Meerheim regte an, dass die Termine zur Akteneinsicht so gelegt sein sollten, dass die Stadträte auch die Möglichkeit haben, diese wahrzunehmen.

zu 10.2 Herr Dr. Meerheim zu Terminen der Zukunftswerkstätten

Herr Dr. Meerheim regte an, die Termine der Zukunftswerkstätten nicht auf einen Montag zu legen. Die Fraktionen haben aufgrund der Fraktionssitzung nicht die Möglichkeit an den Terminen der Zukunftswerkstatt teilzunehmen.

Frau Ernst merkte an, dass bisher auf die Termine der Ausschusssitzungen Rücksicht genommen wurde. Wenn keine Einwände bestehen, könnten die Termine der Zukunftswerkstätten auch auf einen anderen Tag gelegt werden.

zu 10.3 Herr Wolter zum Umgang mit Anregungen

Zur Verfahrensweise des Umgangs mit Anregungen aus dem Stadtrat, regte **Herr Wolter** an, ob diese nicht auch schriftlich beantwortet werden könnten. Dies würde mitunter schneller, unkomplizierter und komprimierter sein.

Es wurden keine weiteren Anregungen gegeben.

Herr Oberbürgermeister Dr. Wiegand beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses und bat um Herstellung der Nichtöffentlichkeit.

Für die Richtigkeit:

Dr. Bernd Wiegand
Oberbürgermeister

Maik Stehle
Protokollführer